

Wahlprüfsteine des LSVD Baden-Württemberg zur Wahl des 17. Landtags von Baden-Württemberg am 14. März 2021

Antworten der Parteien zum Thema:

Geschlechter- und diversitätsgerechte Gesundheitsversorgung sicherstellen

- 14.1. *Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um bei medizinischen Fachkräften auf eine Bewusstseinsbildung für die spezifischen Bedürfnisse von trans*- und intergeschlechtlichen Menschen bei der Gesundheitsversorgung hinzuwirken?*
- 14.2. *Wollen Sie dafür sorgen, dass der Bereich „kultursensibler Umgang mit LSBTTIQ-Klient*innen in Versorgung und Pflege“ in die Aus- und Weiterbildung von Mediziner*innen und Mitarbeitenden aus Pflege- und Gesundheitsbereichen verpflichtend integriert wird? Wenn ja, wie wollen Sie dieses Vorhaben umsetzen?*
- 14.3. *Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die körpermedizinische, psychotherapeutische und psychiatrische Versorgung für transgeschlechtliche Menschen zu verbessern, Versorgungslücken zu schließen, Zugangsbarrieren und Diskriminierung abzubauen?*

Bündnis 90 / Die Grünen

Antwort auf Frage 14.1.

Trans*- und intergeschlechtliche Menschen brauchen eine sensible medizinische Betreuung. Viele haben in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen mit dem Gesundheitswesen gemacht. Diese Erfahrungen dürfen sich nicht wiederholen. Wir wollen deshalb medizinische Fachkräfte für die besonderen Bedürfnisse von trans*- und intergeschlechtlichen Menschen sensibilisieren. Dazu wollen wir die Fürsorge und Betreuung sowie die medizinischen Besonderheiten in der Aus- und Weiterbildung verankern. Geschlechtliche Vielfalt braucht daher einen festen Platz in Ausbildung, Lehre und Fortbildung.

Antwort auf Frage 14.2.

Ja, die Kompetenz im Umgang mit LSBTTIQ-Patient*innen bzw. -Klient*innen muss Bestandteil der Aus- und Fortbildung von Mediziner*innen sowie von Angehörigen anderer Gesundheits- und Pflegeberufe sein. Wir Grüne wollen die kultursensible Pflege stärken, damit die Pflegekräfte besser auf die individuellen Belange von transsexuellen, transgender und intersexuellen Menschen eingehen können. Deshalb wollen wir das Thema kultursensible Pflege in der Aus- und Weiterbildung von Pflegekräften stärken und Pflegeeinrichtungen für das Qualitätssiegel „Diversitycheck“ gewinnen.

Antwort auf Frage 14.3.

Viele Menschen – unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer geschlechtlichen Identität – leiden heute unter psychischen Erkrankungen. Deshalb müssen wir die Aufklärungsarbeit verbessern und Vorurteile gegenüber Menschen mit psychischen Erkrankungen abbauen. Es gilt, die psychotherapeutischen Versorgungslücken überall, insbesondere auch im ländlichen Raum, zu schließen und die Schnittstellen zwischen Beratung und Prävention zu stärken. Auch die Sensibilisierung für die Belange von LSBTTIQ-Menschen innerhalb des Gesundheitswesens ist uns wichtig.

CDU

Antwort auf die Frage 14.1. / 14.2. / 14.3.

Eine gute medizinische und zahnmedizinische sowie pflegerische Versorgung gehört für uns zu den Kernaufgaben der Daseinsvorsorge. Wir wollen, dass jeder im Land genau die medizinische und pflegerische Unterstützung erhält, die er konkret benötigt. Die Förderung von sektorenübergreifenden Versorgungsstrukturen ist deshalb selbstverständlich, beginnend bei der Prävention über den Öffentlichen Gesundheitsdienst, den Rettungsdienst und die Notfallversorgung, die Krankenhäuser, Rehaeinrichtungen sowie Pflegeanbieter bis hin zur Palliativversorgung und Hospizarbeit. Wir müssen auch künftig unser Gesundheitswesen regelmäßig überprüfen und es dort besser machen, wo Probleme sind.

SPD

Antwort auf Frage 14.1. / 14.2. / 14.3.

In Medizin und Pflege gilt genauso wie in allen anderen Lebensbereichen das Antidiskriminierungsrecht. Es ist keine Frage, dass es auch dort zur Anwendung gebracht werden muss. Allerdings geschehen Diskriminierungen gerade in helfenden Berufen in der Regel nicht absichtlich, sondern aus Unkenntnis. Deshalb wollen wir die Kenntnis über die Bedürfnisse von trans*- und intergeschlechtlichen Menschen sowie beim „kultursensiblen Umgang mit LSBTTIQ-Klient*innen“ in der Aus-, Fort- und Weiterbildung für medizinischen Berufe weiter verbessern. Einen wesentlichen Fortschritt hat auch die Weiterentwicklung in den medizinischen Fachgesellschaften gebracht. So legt etwa „S2k-Leitlinie 174/001: Varianten der Geschlechtsentwicklung“ großen Wert auf die Position der Betroffenen und warnt auch davor, nicht mehr rückgängig zu machende Behandlungen im Kindesalter vorzunehmen. Zudem wird eine Peer-Beratung empfohlen. Und schließlich sind – was als wirklich großer Fortschritt anzusehen ist – Statements der Patientenvertretungen in der Leitlinie aufgenommen worden.

FDP

Antwort auf Frage 14.1. / 14.2. / 14.3.

Wir beantworten die Fragen im Sachzusammenhang: Wir haben weiter oben bereits auf die Ausbildung von Pflegeberufen Bezug genommen. Auch die Approbationsordnung der Ärztinnen und Ärzte wird auf Bundesebene geregelt. Die hier angesprochenen wichtigen Bereiche sollten im Zusammenhang mit dem zu Fragen 1. Ausgeführten gesehen und in den entsprechenden Gremien zielführend beraten werden. Wir Freie Demokraten wollen allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Selbstbestimmung heißt für uns, so leben zu können, wie man ist. Ob schwul oder lesbisch, ob hetero- oder bisexuell, ob inter-, transsexuell oder transgender oder anders eingestellt – jeder Mensch soll seinen Lebensentwurf verwirklichen können. Dies schließt den Zugang zu passgenauen Gesundheits- und Pflegeleistungen selbstverständlich mit ein.

Die Linke

Antwort auf Frage 14.1.

vgl. 12.1 ➔ Diese Module sollten in der Aus- und Fortbildung von Pflegekräften obligatorisch sein. Überall dort, wo das Land an Pflegeschulen, Pflegeeinrichtungen direkt beteiligt ist oder Dritten Mittel zum Betrieb von Altenpflegeeinrichtungen und -schulen zur Verfügung stellt, sollte die Einhaltung entsprechender Standards zur Voraussetzung zum Erhalt dieser Mittel sein. Die Einhaltung dieser Standards ist regelmäßig zu evaluieren.

Antwort auf Frage 14.2.

Ja, vgl. 12.1

Antwort auf Frage 14.3.

Das Land Baden-Württemberg soll sich auf Bundesebene für die Abschaffung des Transsexuellengesetzes zugunsten einer unbürokratischen Personenstands- und Vornamensänderung im Personenstandsgesetz einsetzen. Therapeutische Unterstützung und körperliche Anpassung von trans*Personen sollen vollumfänglich von den Krankenkassen finanziert werden. Das Land Baden-Württemberg hat dafür Sorge zu tragen, dass ausreichend Beratungs- und Hilfsangebote auch in der Fläche bereitstehen.

AfD

Die AfD hat die Wahlprüfsteine des LSVD ignoriert.

Alle Antworten zu den weiteren Themenbereichen finden Sie unter:

<https://ba-wue.lsvd.de/2021/01/27/lsvd-wahlcheck-zur-landtagswahl/>